Nr. 67 / 37. Jahrgang — Donnerstag, 20. März 1930 — Einzelnummer 10 Pfg.

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Groitzsch behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustr. Beilage **Volk und Zeit** sowie der **Kinder-Beilage**, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. – Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telephon Sammelnummer 72206. **Postscheckkonto: Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72206. – **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 – Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10gespalt. Kolonelzeile 35 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg. Stellenangebote 10gesp. Kolonelzeile 25 Pfg. Familiennachrichten von Privaten die 10gesp. Kolonelzeile mit 50% Nachlaß. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10gesp. Kolonelzeile 40 Pfg. bei Platzvorschr. 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage – Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Politik für die eigene Tasche!

Deutsche Schwerindustrie im Bunde mit der französischen Regierung

Das Stocken der Saarverhandlungen

SPD **Paris**, 19. März.

Die deutsch-französischen Saarverhandlungen, die durch die französische Regierungskrise seit Wochen völlig zum Stillstand gekommen sind, sollen in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden. Die Hauptschwierigkeit bildet nach wie vor die Frage des künftigen Regimes der Saargruben, die nach den Wünschen der französischen Regierung nicht mehr in den Besitz des preußischen Fiskus zurückkehren, sondern unter Beteiligung der deutschen und französischen Privatindustrie in einen deutsch-französischen Gemeinschaftsbetrieb umgewandelt werden sollen. Nach den letzten Vorschlägen der französischen Delegation soll daran der deutsche und der französische Staat, und die deutsche und die französische Privatindustrie zu je einem Viertel beteiligt werden.

Obwohl die deutsche Delegation dieses Projekt als völlig undiskutierbar ablehnt, hält die französische Regierung mit zäher Hartnäckigkeit daran fest. Ihre Unnachgiebigkeit, die seit Monaten die Verhandlungen völlig zum Stocken brachte, dürfte ihren Grund nicht zuletzt darin haben, daß man in Frankreich sehr genau weiß, daß die Wünsche der deutschen Schwerindustrie, die seit langem alle Hebel in Bewegung setzt, um die Saargruben aus dem Besitz des Staates in ihre Hand zu bringen, mit den französischen Vorschlägen ziemlich parallel gehen und man mit ihrer Hilfe den Widerstand der deutschen Delegation brechen zu können glaubt.

Wie der Korrespondent des „Soz. Pressedienst" von gut unterrichteter französischer Seite erfahren hat, soll Arnold Rechberg neuerdings in Paris im Namen der deutschen Industrie eine von den zuständigen französischen Stellen bereits als Diskussionsbasis angenommenen Kompromißvorschlag unterbreitet haben, der die Besitzverhältnisse der Saargruben wie folgt regeln soll: von den Anteilen der zu bildenden Gesellschaft sollen ½ die deutsche, ½ die französische Privatwirtschaft, das letzte Drittel der preußische Fiskus erhalten. **Die deutsche Schwerindustrie scheint also auch in der Saarfrage wieder einmal gegen die zuständigen Reichsstellen und unbekümmert um das Interesse der Saar und der deutschen Volksgesamtheit für die eigene Tasche zu arbeiten.**

Der Messezuschuß nicht angenommen

WTB **Berlin**, 20. März.

Im Haushaltausschuß des Reichstages wurde bei der Beratung des Nachtragshaushalts von 1929 die vertagte Abstimmung über den Etatsposten von 400 000 Mark für Auslandspropaganda der Leipziger Messe vorgenommen. Dieser Posten wurde nicht genehmigt. Gegen ihn stimmten die Sozialdemokraten, Kommunisten und das Zentrum.

Vorbereitung zum Hochverrat

Ein Oberbürgermeister als Adjutant Dr. Fricks

Wir veröffentlichen nachfolgend eine Unterredung zwischen dem Oberbürgermeister von Eisenach Dr. Jansen und dem Polizeikommissar-Anwärter M. nimmt zur Zeit an dem Lehrgang für Polizeikommissar-Anwärter der Gemeindepolizei auf der preußischen Polizeischule Eiche teil. Er ist im Dezember 1920 aus der Schutzpolizei Berlin ausgeschieden, um einen Referentenposten in der Außenhandelskontrolle zu übernehmen. Nach verschiedenen Fehlschlägen versuchte er wieder in eine Beamtenstelle zu gelangen. Vom thüringischen Ministerium des Innern wurde er am 4. 7. 1929 der Polizeiverwaltung der Stadt Jena zur informatorischen Beschäftigung überwiesen mit der Aussicht, später als Polizeikommissar der Stadt Eisenach angestellt zu werden, und dann zur Teilnahme an dem Lehrgang für Polizeikommissar-Anwärter der Gemeindepolizei kommandiert. Auf eine Anfrage der Polizeiverwaltung Eisenach erteilte die Schule ein sehr günstiges Zeugnis über M. Darauf erfolgte am 12. März die Einberufung M.s als Polizeikommissar a. P. zum 1. April 1930 nach Eisenach.

Am 16. März wurde M. — der jetzt auf der Polizeischule Eiche ist — zum Oberbürgermeister Dr. Janson, Eisenach, nach dem Hotel Exzelsior in Berlin bestellt. Diese Unterredung zwischen Dr. Janson und M. hat folgenden Verlauf genommen:

Dr. J.: Ich habe Sie hierhergebeten, um einige Dinge mit Ihnen zu besprechen, über die ich jetzt ganz klar sehen muß. Wie stehen Sie politisch?

M. (ausweichend): Ich habe bereits seinerzeit zum Ausdruck gebracht, daß ich nicht Mitglied einer besonderen Partei oder Organisation bin.

Dr. J.: Das ist gar nichts, das sind allgemeine Redensarten. Sie müssen sich doch **in einer ganz bestimmten Richtung** eingestellt haben.

M. (zögert).

Dr. J.: Also ich frage Sie jetzt: **Was würden Sie tun, wenn die Nationalsozialisten jetzt losschlagen würden** und Sie diesen und dem Stahlhelm, der ja eng mit den Nationalsozialisten verbunden ist, als Polizeikommissar gegenüberstünden?

M. (ausweichend): Ich würde mich an die Befehle halten, die ich bekomme.

Dr. J.: Da weichen Sie mit Ihrer Antwort wieder aus. Ich stehe nun nicht immer hinter Ihnen und möchte wissen, was Sie aus eigener Entschließung tun würden.

M. (ausweichend): Dann würde ich gemäß meiner Verpflichtung als Beamter nach den mir allgemein vorgezeichneten Richtlinien, also nach meinem Beamteneid handeln.

Dr. J.: Sie geben mir immer noch nicht die Antwort, die ich haben will. **Würden Sie gegen die Nationalsozialisten und gegen den Stahlhelm vorgehen? Ja oder nein?**

M. (zögernd).

Dr. J.: Können Sie mir Persönlichkeiten namhaft machen, die bekunden können, daß Sie **ein absolut rechtsstehender nationaler Mann sind?**

M. (ausweichend): Ich kann jederzeit Polizeioffiziere angeben, die sich für mich einsetzen werden.

Dr. J.: Preußische Polizeioffiziere?

M.: Jawohl.

Dr. J.: Preußische Polizeioffiziere sind für Thüringen keine Kronzeugen. Die sind fast alle verseucht. Haben Sie niemand in den Kreisen der Nationalsozialisten und des Stahlhelms?

M. (ausweichend): Das kann ich im Augenblick nicht sagen.

Dr. J.: Es ist aber **unbedingt nötig, daß Sie Nationalsozialisten oder Stahlhelmleute** finden, die voll und ganz für Sie bürgen und sich insbesondere **beim Minister Frick persönlich** für Sie verwenden. Selbstverständlich müssen es Leute von Namen sein, wie z. B. Abgeordnete, Stahlhelmführer und dergl. **Minister Frick hat erklärt, daß er sehr ungünstige Nachrichten über Sie erhalten habe.** Sie seien in den Kreisen früherer Offiziere sehr unbeliebt und die Offiziersvereinigung Ihres früheren Regiments habe Sie auch ausgeschlossen.

M.: Ich besitze das EK I und II und das silberne Verwundetenabzeichen für dreimalige Verwundung.

Dr. J.: Und nun noch etwas anderes! Ich habe in Erfahrung gebracht, daß Ihr Bruder, der als Polizeihauptmann in Magdeburg steht, Mitglied des Reichsbanners ist und in einem besonderen Vertrauensverhältnis zu dem Oberpräsidenten Hörsing steht. Obwohl er infolge Erreichung der Altersgrenze jetzt pensioniert werden müßte, soll er wegen seiner besonderen politischen Zuverlässigkeit auf einem besonderen Posten Verwendung finden. **Wie stehen Sie mit Ihrem Bruder?**

M. (ausweichend): Familiär stehe ich mit meinem Bruder sehr gut. Seine politische Haltung dürfte wohl seine Privatangelegenheit sein.

Dr. J.: Unter diesen Umständen kann ich natürlich die vorgesehene Einberufung nicht aufrechterhalten und Sie den Dienst in Eisenach nicht antreten lassen. Sie würden dort sofort auf stärksten Widerstand der Nationalsozialisten und des Stahlhelms stoßen. **Versuchen Sie zu erreichen, daß Nationalsozialisten und Stahlhelm sich für Sie in dem gewünschten Sinne beim Minister Frick einsetzen,** dann will ich Ihnen die Polizeikommissarstelle geben."

Der Oberbürgermeister von Eisenach sucht demnach Polizeioffiziere, die bei einem Putsch der Hakenkreuzler oder des Stahlhelms sich auf die Seite der Putschisten gegen die Verfassung stellen. Sein Tun ist zweifellos Vorbereitung zum Hochverrat.

Die Front gegen Tschangkaischek

TU **Schanghai**, 20. März.

Jensischan wurde zum Oberkommandierenden der Truppen der Nordprovinzen gewählt In einer Erklärung werfen die Generale Tschangkaischek vor, er habe auf ungesetzlichem Wege die Macht ergriffen und durch seine Maßnahmen die ungeheure Hungersnot verschuldet, von der China heimgesucht wird. Die Erklärung schließt mit dem Hinweis, daß kein Chinese die Missetaten Tschangkaischeks verzeihen könne, Tschangkaischek werde deshalb außerhalb des Gesetzes stehend erklärt, jeder Bürger habe das Recht, ihn zu töten. In der Provinz Kwangsi haben die Truppen der Nordprovinzen das Gebiet von Fuan nach schweren Kämpfen besetzt.

Hochverräter Frick

Was treibt Adolf Hitler in Dresden?

In seiner Rede, die der Reichsinnenminister, Genosse Severing, bei der zweiten Lesung des Gesetzes zum Schutze der Republik im Reichstage hielt, wies er auf Zersetzungsbestrebungen hin, die durch die Nationalsozialisten in der Reichswehr betrieben würden. Er verlas protokollarische Aussagen, aus denen diese Absichten klar und deutlich zu ersehen waren. Nichtsdestoweniger leugneten die Goebbels und Straßer, frech wie immer, diese Beziehungen ab, aber am nächsten Tage bereits wurden in Ulm einige Reichswehroffiziere verhaftet, die inzwischen unter starker Bedeckung in das Berliner Kriminalgericht übergeführt worden sind. Die Beziehungen zwischen diesen Reichswehroffizieren und der Partei Hitlers stehen unumwunden fest. Das Ziel dieser Bestrebungen ist die Errichtung des „Dritten Reiches". Die Goebbels und Straßer haben während der letzten Tage den Abgeordneten des Reichstages — trotz der Verschärfung der Geschäftsordnung des Reichstages ist das leider nicht unterbunden worden — bedeutet, daß sie den Tag herbeisehnen, wo der Staatsgerichtshof des „Dritten Reiches" beschließen werde, die Mitglieder dieses Auditoriums samt und sonders aufzuhängen.

In Thüringen amtiert der Hochverräter vom Jahre 1923, Herr Dr. Frick, als Polizeiminister. Er lebt von der Gnade der Deutschen Volkspartei, der er nichtsdestoweniger einen Fußtritt nach dem andern versetzt. Nunmehr ist, wie an anderer Stelle zu ersehen ist, bekanntgeworden, welche Ziele der Hochverräter von Anno 1923 jetzt verfolgt.

Der Eisenacher Oberbürgermeister Dr. Janson, ein treuer Anhänger des „Dritten Reichs", suchte für seine Stadt einen Polizeikommissar. Dieser Mann wurde am 12. März dieses Jahres angestellt. Er sollte sein Amt am 1. April 1930 übernehmen. Dieser Tage wurde er plötzlich in das feudale Hotel Excelsior nach Berlin bestellt. Dort wurde er von dem Oberbürgermeister Dr. Janson einer Prüfung unterworfen, deren Verlauf der Leser im Wortlaut nachlesen mag. Der Polizeikommissar ist verdächtigt worden, mit Reichsbannerkreisen Beziehungen zu haben. Man hat ihm nachgesagt, daß er zu dem früheren Oberpräsidenten, dem Genossen Hörsing, in einem besonderen Vertrauensverhältnis stünde. Diese Tatsache allein genügt heute im Putschistenkönigreich Dr. Fricks, um einen Beamten unmöglich zu machen, und durch die Reichsbannergesinnung des in Aussicht genommenen Polizeikommissars wurden dann die eigentlichen Pläne enthüllt, die in Thüringen unter der Obhut Dr. Fricks legal betrieben werden. Der Eisenacher Oberbürgermeister hat dem Polizeikommissar erklärt, Minister Frick habe über ihn „sehr ungünstige Nachrichten" erhalten, und Dr. Janson hat dem Polizeikommissar den Rat erteilt, sich bei Nationalsozialisten und Stahlhelmmitgliedern dahin einzusetzen, daß sie sich „in dem gewünschten Sinne bei Minister Frick" verwenden. Der Eisenacher Oberbürgermeister hat dem Polizeikommissar konkret die Frage gestellt: „Würden Sie gegen die Nationalsozialisten und gegen den Stahlhelm vorgehen? Ja oder Nein?"

Diese Fragestellung wäre gegenstandslos, wenn, wie die Hänge-Goebbels und Kompanie im Reichstage immerfort erklären, sie das „Dritte Reich" auf legalem Wege herbeizuführen strebten. Kein Mensch glaubt diesen Beteuerungen der Hochverräter, und der Eisenacher Oberbürgermeister Dr. Janson hat die geheimnisvollen Pläne offenbart, die unter der Obhut des Polizeiministers Dr. Frick in Thüringen geschmiedet werden. Zwischen den Zersetzungsbestrebungen bei der Reichswehr in Ulm und den Plänen der Janson und Frick besteht demzufolge ein ursächlicher Zusammenhang. Es war darum die höchste Zeit, daß Genosse Severing entsprechende Maßnahmen ergriff.

Was würde wohl geschehen sein, wenn an Stelle Severings heute etwa Herr von Keudell säße? Die Deutschnationalen decken, trotz der Beschimpfungen, die sie einzustecken haben, heute jedes hochverräterische Unternehmen der Nationalsozialisten. Während ihre Vertreter im Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages, die Graef, Gock und wie sie alle heißen, jederzeit bereit sind, Kommunisten dem Reichsanwalt auszuliefern, weigern sie sich konsequent, die hochverräterischen Pläne der Nationalsozialisten anzuerkennen. Der Reichsinnenminister hat Herrn Dr. Frick den für den 31. März fälligen Zuschuß für die Unterhaltung der thüringischen Landespolizei gesperrt, der auf Grund eines Abkommens mit den Ländern zu zahlen wäre. Nach dem Nachtragsetat von 1927 sind für das Jahr 1930 zu diesem Zwecke 195 Millionen Mark ausgeworfen worden. Würde Herr v. Keudell noch im Amte sein, der diesen Vertrag geschlossen hat, dann würden Herr Frick und der Oberbürgermeister Dr. Janson von Eisenach heute in der Lage sein, mit den Geldern der Republik die Fundamente des Staates zu untergraben. Ob freilich die Maßnahmen, die Genosse Severing jetzt getroffen hat, genügen werden, um die hochverräterischen Bestrebungen der Nationalsozialisten in Thüringen einzudämmen, stehe dahin. Die Tel.-Union teilt mit, daß, wenn diese Maßnahmen die gewünschte Wirkung nicht haben würden, dann würde die Reichsregierung auch vor entscheidenden Maßnahmen nicht

A-Lesehalle

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19300320/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG